

Kinderkrippen geschont, AHV neu im Sparvisier

Kehrtwende der Nationalratskommission: Sie kürzt das Geld für Krippen nun doch nicht. Dafür will sie beim flexiblen Rentenalter sparen. Die CVP kommt erneut in den Clinch.

Von Bruno Vanoni, Bern

Vor zehn Tagen noch hatte der St. Galler CVP-Nationalrat Felix Walker mit seiner Stimmenthaltung dazu beigetragen, dass eine knappe Kommissionsmehrheit für eine massive Kürzung des Krippenförderungsprogrammes zu Stande kam: Statt 120 Millionen, wie erst kürzlich beschlossen, sollten in den nächsten drei Jahren nur noch 40 Millionen Bundesfranken für familienexterne Betreuungsangebote bereitgestellt werden (TA vom 26. August).

Doch nun ist die Nationalratskommission, die das bundesrätliche Entlastungsprogramm weit gehend akzeptiert, auf den kritisierten Entscheid zurückgekommen – auf Antrag von Felix Walker, wie dieser selber betont. Der CVP-Finanzpolitiker hat damit seinen ordnungspolitischen Einwand, die Krippenförderung sei keine Bundesaufgabe, dem familienpolitischen Credo seiner Partei untergeordnet. Nach dieser Wende gab sich Fraktionschef Jean-Michel Cina sogar zuversichtlich, dass sich die CVP mehrheitlich auch noch gegen die vom Bundesrat beantragte Mini-Kürzung um 12 Millionen Franken stellt.

Doch kaum ist die CVP wegen der Kinderkrippen aus dem Schneider, sieht sie sich erneut ihm Clinch – wegen eines Kommissionsentscheids zur AHV. Zuerst hat die Kommission nämlich dank einer unheiligen Allianz von SP- und SVP-Stimmen beschlossen, die Renten sollten weiterhin der Lohn- und der Preisentwicklung angepasst werden. Der Bundesrat möchte

die Anwendung dieses Mischindexes im Jahr 2006 aussetzen, was den Bund um 75 Millionen Franken entlasten würde.

Deswegen hat die Linke bereits mit dem Referendum gegen das ganze Entlastungsprogramm gedroht. Der aus ihrer Sicht erfreuliche Kommissionsentscheid gegen die Mischindex-Aussetzung wurde auf Antrag von SVP-Nationalrat Christoph Blocher jedoch nachträglich an eine brisante Bedingung geknüpft: Der Mischindex soll 2006 nur beibehalten werden, sofern der Nationalrat in der Herbstsession bei der Beratung der 11. AHV-Revision auf einen früheren Beschluss zurückkommt: Er soll die 400 Millionen Franken streichen, mit denen auch wenig Verdienenden das flexible Rentenalter erleichtert werden soll. Dies hätte für den Bund etwa den gleichen Spareffekt wie die Aussetzung des Mischindexes.

Dieses «böartige Manöver auf dem Buckel der Rentnerinnen und Rentner», wie die SP prompt kritisierte, wurde in der Kommission mit zwölf zu neun Stimmen beschlossen – bei sechs Enthaltungen vorab aus der CVP. Ihre Vertreter wollten sich nicht festlegen, weil die Fraktion die Parteiposition diesen Freitag erst noch bestimmen muss. Für den Fall, dass sie gegen die 400-Millionen-Abfederung ist, hat SP-Präsidentin Christiane Brunner der CVP bereits die Unterstützung bei den anstehenden Bundesratswahlen aufgekündigt.

Für tiefere Bundesratslöhne

Zum Sparprogramm beantragt die Nationalratskommission im Übrigen, die Löhne von Bundesräten und Bundesrichtern seien um 5 Prozent zu kürzen und die Entschädigung der Parlamentarier um 3000 Franken pro Jahr. Das brächte Minderausgaben von 1,6 Millionen Franken pro Jahr. Mit einer Motion drängt die bürgerliche Mehrheit zudem den Bundesrat zu einem zusätzlichen Sparprogramm.